Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Übersichtsdarstellungen

Von
Prof. Dr. F. W. Selchert
Justus-Liebig-Universität Gießen

unter Mitarbeit von
Dipl.-Kfm. Markus Greinert

8., überarbeitete und aktualisierte Auflage

R. Oldenbourg Verlag München Wien

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Selchert, Friedrich W.:
Einführung in die Betriebswirtschaftslehre : in Übersichtsdarstellungen /
von F. W. Selchert. Unter Mitarb. von Markus Greinert. – 8., überarb.
und aktualisierte Aufl.. – München ; Wien : Oldenbourg, 2002
ISBN 3-486-25838-9

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
Druck: MB Verlagsdruck, Schrobenhausen
Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Binderei GmbH

ISBN 3-486-25838-9

Vorwort

Die Einführung in die Betriebswirtschaftslehre soll die Studierenden mit den wesentlichen Grundlagen des Fachgebiets vertraut machen. Sie soll Kenntnisse der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Probleme und der zu ihrer Lösung verfügbaren Instrumente vermitteln.

Zweck der vorliegenden Veröffentlichung ist es, dem Leser einen tragfähigen Überblick über die Teildisziplinen der Betriebswirtschaftslehre sowie deren zentrale Begriffe und Definitionen zu geben. Dazu wird die Form schematischer Darstellungen gewählt, weil dadurch gerade dem „Einsteiger" Zusammenhänge verdeutlicht werden können, die sich im weiteren Studium vertiefen lassen. Im Verlauf des Studiums und vor allem in der Examensvorbereitung erlauben die Übersichtsdarstellungen den raschen Überblick und damit ökonomisches Lernen.

Bei der Vorauflage kam es sowohl optisch als auch inhaltlich zu einer völligen Neubearbeitung des Stoffs. Überholtes wurde gestrichen, bessere Zuordnungen wurden umgesetzt und neue Methoden, Ansätze und Instrumente wurden aufgenommen. Dabei entstandene Ungenauigkeiten und Unklarheiten wurden in der hier vorliegenden 8. Auflage beseitigt. Abgesehen von den - insbesondere durch die zahlreichen gesetzlichen Änderungen bedingten - Aktualisierungen wurde die Auflage ferner um neuere Entwicklungen in der Betriebswirtschaftslehre ergänzt.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Professur Betriebswirtschaftslehre VI, die bei der Erstellung der 8. Auflage mitgewirkt haben, gebührt Dank und Anerkennung.

Gießen F.W. Selchert M. Greinert

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V

Abkürzungsverzeichnis XV

1. Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaftsdisziplin

Aufgaben der Betriebswirtschaftslehre 2
Bedürfnisse und Güterknappheit 3
Das Wirtschaften und seine Institutionalisierung 4
Betrieb als Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt 5
Betrieb und Unternehmung nach Gutenberg 6
Betriebswirtschaftslehre im Wissenschaftssystem 7
Betriebsarten 8
Leistungsorientierte Darstellung des Betriebs 9
Zielorientierte Darstellung des Betriebs 9
Entscheidungsorientierte Darstellung des Betriebs 10
Funktionsorientierte Darstellung des Betriebs 11
Systemorientierte Darstellung des Betriebs 11
Objektorientierte Darstellung des Betriebs 12
Rechtsorientierte Darstellung des Betriebs 12
Arbeitsorientierte Darstellung des Betriebs 13
Verhaltensorientierte Darstellung des Betriebs 13
Ökologieorientierte Darstellung des Betriebs 14
Darstellung des Betriebs in der Neuen Institutionenökonomie 15
Der Betrieb als Einheit von Real- und Nominalgüterbewegungen 18
Gliederung der Betriebswirtschaftslehre 19
Forschungsmethoden der Betriebswirtschaftslehre 20
Betriebswirtschaftliche Modelle 21
Ableitung pragmatischer Aussagen mit Hilfe von Modellen 22
Betriebswirtschaftliche Aussagen 23
Entwicklung der Betriebswirtschaftslehre 24

2. Zielbildung und Zielsystem

Zielbegriff und Entstehung von Unternehmenszielen 26
Dimensionen von Zielen 27
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele I 28
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele II 29
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele III 30
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele IV - Shareholder Value 1 31
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele V - Shareholder Value 2 32
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele VI - Cash-flow Return on Investment (CFROI) 33
Inhalt wesentlicher erwerbswirtschaftlicher Ziele VII - Economic Value Added (EVA) 34
Inhalt weiterer Wirtschaftsprinzipien 35
Allgemeine Beziehungen zwischen Zielen 36
Spezielle Beziehungen zwischen Zielen 38
Stufen der Zielplanung 39
Unternehmen als Zielerreichungszentrum 40

3. Unternehmensführung und Entscheidungsprozesse

Begriff der Führung 42
Führungsstile 43
Führungskonzepte 44
Struktur wirtschaftlichen Handelns 45
Unternehmensplanung und -kontrolle 46
Planungs- und Kontrollsystem 47
Planungs- und Entscheidungsarten 48
Unternehmens- und Umfeldanalysen 49
Unternehmens- und Umfeldprognosen 53
Früherkennungssysteme 54
Planungsinstrumente 55
Entscheidungsregeln 60

4. Organisation und Standort des Unternehmens

Begriff und Aufgaben der Organisation 66
Arten und Gliederung der Organisation 67
Prozeß der Aufbauorganisation 68

Aufgabenanalyse ... 69
Aufgabensynthese ... 70
Hierarchie ... 71
Leitungssysteme ... 72
Grundformen der Aufbauorganisation ... 74
Modifikationen der Aufbauorganisation ... 76
Führungsorganisation des Konzerns ... 77
Ablauforganisation ... 78
Standortentscheidungen ... 79

5. Rechtlicher Rahmen der Betätigung einzelner Unternehmen

Rechtsformen privater Unternehmen ... 82
Rechtsformen öffentlicher Unternehmen ... 83
Bedeutung der Rechtsformen nach der Umsatzsteuerstatistik 1998 ... 84
Rechtsformen privater Unternehmen ... 85
Bedeutung und Entscheidungskriterien der Rechtsformwahl ... 90
Organe und Führungsbefugnis ... 91
Einflußnahme durch Mitarbeiter ... 96
Haftung ... 99
Finanzierungsmöglichkeiten ... 101
Ergebnisverwendung und Verlustausgleich ... 104
Steuerbelastung ... 107
Publizitätszwang ... 108
Prüfungszwang ... 110
Aufwendungen der Rechtsform ... 111
Besondere Rechtsformen ... 112

6. Unternehmensverbindungen

Begriff und Ziele von Unternehmensverbindungen ... 114
Klassifikation von Unternehmensverbindungen ... 115
Begründungen für Unternehmensverbindungen ... 116
Kooperationen i.e.S. ... 118
Kartelle ... 119
Formen der Unternehmensvereinigung ... 121
Unternehmensvereinigung und GWB ... 125

7. Beschaffungsentscheidungen

Begriff, Ziele und Objekte der Beschaffung 128
Bedarfsplanung 129
Verfahren der Bedarfsermittlung 130
Beschaffungsplanung 131
Finanzielle Beschaffungskonditionen 132
Bestellsysteme 133
Optimale Bestellmenge 134
Prinzipien der Materialbereitstellung 135
Ziele, Funktionen und Tätigkeitsbereiche der Lagerwirtschaft 136
Anlagenwirtschaft 137

8. Entscheidungen über die Leistungserstellung

Begriff, Ziele und Gegenstand der Leistungserstellung 140
Die betrieblichen Produktionsfaktoren 141
Planung der industriellen Produktion 142
Verfahren der Leistungserstellung 143
Fertigungstypen 144
Organisationstypen der Fertigung 145
EDV-unterstützte Auftragsabwicklung 146
Forschung und Entwicklung 147
Simultaneous Engineering 148
Qualitätssicherung 149
Eigenfertigung oder Fremdbezug 150

9. Absatzentscheidungen

Absatzwirtschaftliche Grundbegriffe 152
Markt und Marktabgrenzung 153
Marktarten, Marktformen 154
Marktveranstaltungen, Marktverhalten, Marktgrößen 155
Absatz als Entscheidungsprozeß 156
Produktpolitik 158
Kontrahierungspolitik 162
Distributionspolitik 169
Kommunikationspolitik 171

10. Investitionsentscheidungen

Investitionsbegriff und Investitionsarten 178
Grundfragen der Investitionsrechnung 179
Ziele und Verfahren von Investitionsentscheidungen 180
Statische Investitionsrechenverfahren 181
Dynamische Investitionsrechenverfahren 183
Investitionsprogrammentscheidungen 189
Entscheidungen über die Investitionsdauer 191
Grundfragen der Unternehmensbewertung 194
Grundsätze der Unternehmensbewertung 196
Anlässe und Verfahren der Unternehmensbewertung 197
Substanzorientierte Bewertungsverfahren 198
Ertragswertverfahren 199
Discounted Cash-flow-Verfahren 201
Vergleichsorientierte Verfahren 202

11. Finanzierungsentscheidungen

Finanzierung und Finanzierungsentscheidungen 204
Ermittlung des Finanzbedarfs 205
Finanzierungsarten 206
Beteiligungsfinanzierung 207
Beteiligungsfinanzierung der AG im besonderen 208
Langfristige Fremdfinanzierung 210
Rückzahlungsmodalitäten 212
Kurzfristige Fremdfinanzierung 213
Kreditwürdigkeit, Kreditsicherung 214
Innenfinanzierung 215
Kapazitätserweiterungseffekt von Abschreibungen 217
Kreditsubstitute 218
Termingeschäfte 220
Finanzierungsregeln 222
Kapitalkosten 223
Leverage-Effekt 224
Optimale Kapitalstruktur 225

12. Personalentscheidungen

Tätigkeitsbereiche der Personalwirtschaft ... 228
Personalbedarfsermittlung ... 229
Personalbeschaffung ... 230
Arbeitsstudien ... 231
Arbeitszeitgestaltung ... 233
Aufgabengestaltung ... 234
Personalentwicklung ... 235
Lohnformen ... 236
Ergebnisbeteiligung ... 238
Cafeteria-Systeme ... 239
Personalabbau ... 240

13. Pagatorisches Rechnungswesen

Überblick über das Rechnungswesen ... 242
Grundbegriffe des Rechnungswesens ... 243
Teilbereiche des externen Rechnungs- und Berichtswesens ... 246
Finanz- oder Geschäftsbuchführung ... 247
Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ... 249
Bestandsaufnahme (Inventur) ... 250
Bilanzarten und Aussagen der Handelsbilanz ... 251
Rechtsgrundlagen der Handelsbilanz ... 252
Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung ... 253
Grundstruktur der Handelsbilanz ... 255
Bilanzierung ... 256
Bewertung und Bewertungsgrundsätze ... 257
Bewertungsmaßstäbe und Bewertungsänderungen ... 258
Anschaffungs- und Herstellungskosten ... 259
Methoden der Wertermittlung ... 260
Abschreibungen ... 261
Gewinn- und Verlustrechnung ... 262
Anhang und Lagebericht ... 263
Kapitalflußrechnung ... 264
Grundlagen des Konzernabschlusses ... 265
Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses ... 266
Konsolidierungskreis ... 267

Kapitalkonsolidierung 268
Assoziierte Unternehmen und Equity-Methode 270
Anteilsmäßige Konsolidierung 271
Weitere Konsolidierungsvorgänge 272

14. Kalkulatorisches Rechnungswesen

Kostenbegriff und Aufgaben der Kostenrechnung 274
Systeme und Grundprinzipien der Kostenrechnung 275
Systeme der Kostenrechnung im einzelnen 276
Teilbereiche der Kostenrechnung 277
Arten von Kosten 278
Kalkulatorische Kosten 279
Kostenstellenrechnung 280
Kostenträgerrechnung I 284
Kostenträgerrechnung II - Divisionskalkulation 285
Kostenträgerrechnung III - Äquivalenzziffern- und Kuppelkalkulation 286
Kostenträgerrechnung IV - Zuschlagskalkulation 287
Kostenträgerrechnung V - Maschinenstundensatzrechnung 288
Kostenträgerrechnung VI - Prozeßkostenrechnung 289
Target Costing 290
Zusammenhang Fertigungstypen - Kalkulationsverfahren 291
Betriebsergebnisrechnung 292
Direct costing und Break-even-Analyse 293
Stufenweise Fixkostendeckungsrechnung 294
Relative Einzelkostenrechnung nach Riebel 295
Plankostenrechnung 296
Betriebliche Statistik und Betriebsvergleich 297

15. Entwicklungsphasen des Unternehmens

Unternehmensgründung 300
Unternehmensumwandlungen 301
Verschmelzung 302
Spaltung 303
Weitere Formen der Unternehmensumwandlung 304
Unternehmenskrisen 305

Unternehmenssanierung 306
Außergerichtlicher Vergleich 307
Konkurs, Vergleich, Gesamtvollstreckung 308
Insolvenzverfahren 309
Freiwillige Unternehmensbeendigung 311

Literaturhinweise 313

Stichwortverzeichnis 317

Abkürzungsverzeichnis

AG ..... Aktiengesellschaft
AktG ..... Aktiengesetz vom 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.2.2000 (BGBl. I S. 154)
AO ..... Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 613), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2000 (BGBl. I S. 1850)
AR ..... Aufsichtsrat
AV ..... Anlagevermögen
BCG ..... Boston Consulting Group
BetrVG ..... Betriebsverfassungsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.12.1988 (BGBl. 1989 I S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.1998 (BGBl. I S. 3843)
BIP ..... Bruttoinlandsprodukt
CAPM ..... Capital Asset Pricing Model
CFROI ..... Cash-flow Return on Investment
CIM ..... Computer Integrated Manufacturing
dim. ..... dimensional
DRS ..... Deutscher Rechnungslegungs Standard
eG ..... eingetragene Genossenschaft
EK ..... Eigenkapital
e.K. ..... eingetragener Kaufmann
EStG ..... Einkommensteuergesetz 1997 i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.4.1997 (BGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2000 (BGBl. I S. 1978)
EVA ..... Economic Value Added
FK ..... Fremdkapital
F&E ..... Forschung und Entwicklung
GbR ..... Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG ..... Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.8.1994 (BGBl. I S. 2202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.2.2000 (BGBl. I S. 154)
GewStG ..... Gewerbesteuergesetz 1999 i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.5.1999 (BGBl. I S. 1010), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2000 (BGBl. I S. 1433)
GmbH ..... Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG ..... Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20.4.1892 (RGBl. S. 477) i.d.F. der Bekanntmachung vom 20.5.1898 (RGBl. S. 846), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.6.1998 (BGBl. I S. 1474)

GoB ..... Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

GuV ..... Gewinn- und Verlustrechnung

GWB ..... Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der Bekanntmachung vom 26.8.1998 (BGBl. I S. 2546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765)

HB II ..... Handelsbilanz II

HFA ..... Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

HGB ..... Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl. S. 219), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2000 (BGBl. I S. 1983)

IAS ..... International Accounting Standard(s)

InsO ..... Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.12.1999 (BGBl. I S. 2384)

KG ..... Kommanditgesellschaft

KGaA ..... Kommanditgesellschaft auf Aktien

KW ..... Kapitalwert

L+L ..... Lieferung und Leistung

MU ..... Mutterunternehmen

OHG ..... Offene Handelsgesellschaft

PartG ..... Partnerschaftsgesellschaft

PartGG ..... Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe (Partnerschaftsgesellschaftsgesetz) vom 25.7.1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1757)

PIMS ..... Profit Impact of Market Strategies

PPS ..... Produktionsplanung und -steuerung

PublG ..... Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen (Publizitätsgesetz) vom 15.8.1969 (BGBl. I S. 1189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.2.2000 (BGBl. I S. 154, 158)

RHB-stoffe ..... Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

RoI ..... Return on Investment

SGE ..... Strategische Geschäftseinheit

SprAuG ..... Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten (Sprecherausschußgesetz) vom 20.12.1988

SV ..... Shareholder Value

TQM ..... Total Quality Management

TU ..... Tochterunternehmen

UmwG ..... Umwandlungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl. I S. 3210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.7.1998 (BGBl. I S. 1878)

UV ..... Umlaufvermögen

VVAG ..... Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

WACC ..... Weighted Average Cost of Capital

ZPO ..... Zivilprozeßordnung i.d.F. vom 12.9.1950 (BGBl. S. 533), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.6.2000 (BGBl. I S. 897)

Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaftsdisziplin

Aufgaben der Betriebswirtschaftslehre

Erfassungsfunktion
betriebliches Wirtschaften in seinen realen heterogenen Ausprägungen beobachten und feststellen

Beschreibungsfunktion
Grundformen und Variationen betrieblichen Wirtschaftens unterscheiden und darstellen

Erklärungsfunktion
Zusammenhänge (Gesetzmäßigkeiten), insbesondere Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen den Elementen betrieblichen Wirtschaftens (Zustände, Tätigkeiten, Einflußfaktoren usw.) erkennen und Begründungen für das betriebliche Wirtschaften geben

Gestaltungsfunktion
geeignete Instrumente für die Realisierung vorgegebener betrieblicher Ziele entwickeln und Aussagen über den Einsatz der Instrumente zur optimalen Zielerreichung ableiten

Bedürfnisse und Güterknappheit

Grundlage des Wirtschaftens ist das Vorhandensein von nahezu unbegrenzten Bedürfnissen der Menschen.

Ein Bedürfnis ist der im Begehren von Gütern zum Ausdruck kommende Wunsch, einen als Mangel empfundenen Zustand zu beseitigen oder zumindest zu verbessern.

Voraussetzung für die Bedürfnisbefriedigung ist die Verfügung über geeignete Güter.

Als Gut gilt alles, was zur Beseitigung oder mindestens zur Verbesserung des als Mangellage empfundenen Zustands dient.

Soweit Bedürfnisse i.S. einer Mangellage bestehen, sind die Güter als Mittel der Bedürfnisbefriedigung knapp.

An betriebswirtschaftlich wesentlichen Gütern lassen sich unterscheiden:		
Kriterium	**Güter**	**Beispiele**
Verfügbarkeit	freie Güter knappe Güter (Wirtschaftsgüter)	Luft im Freien Luft im Bergwerk
Mobilität	Mobilien Immobilien	Büromöbel Grundstücke
Nutzungsart	Gebrauchsgüter (mehrmalige Nutzung) Verbrauchsgüter (einmaliger Einsatz)	Maschinen Rohstoffe
Einsatzart	Konsumgüter Investitionsgüter	Fahrrad Gabelstapler
Lebens-notwendigkeit	lebensnotwendige Güter Kulturgüter Luxusgüter	Brot Zeitung Pelzmantel
Rechts-systeme	originäre Güter Rechte an originären Gütern	Wohnung Wohnungs-belegungsrecht
Wirtschafts-systeme	Realgüter Nominalgüter	Erzeugnisse Geld

Das Wirtschaften und seine Institutionalisierung

Wirtschaften:

Wirtschaften ist das als rational verstandene Verhalten, welches darauf gerichtet ist, die knappen Güter so einzusetzen, daß sie eine höchstmögliche Bedürfnisbefriedigung gewährleisten (= ökonomisches Prinzip; Wirtschaftlichkeitsprinzip).

Sämtliche betriebswirtschaftlichen Aussagen gehen von der Gültigkeit des Wirtschaftlichkeitsprinzips aus.

Ausprägungen des ökonomischen Prinzips

Maximum-Prinzip	Minimum-Prinzip	generelles Extremum-Prinzip
Handle stets so, daß mit vorgegebenem Einsatz der höchstmögliche Nutzen erzielt wird!	Handle stets so, daß ein vorgegebener Nutzen mit geringstmöglichem Einsatz erzielt wird!	Handle stets so, daß das Verhältnis von Einsatz und Nutzen bestmöglich wird!

Das Wirtschaften ist institutionalisiert

nach der Zahl der Bedürfnisträger und Verfügungsberechtigten

- Wirtschaften von Individuen
- Wirtschaften von Gruppen
- Wirtschaften von Gesamtheiten

nach der Ursprünglichkeit des Wirtschaftens

ursprüngliche Wirtschaftseinheiten	abgeleitete Wirtschaftseinheiten
Beschaffung und Einsatz von Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung	☞ **Hauswirtschaften:** primär: Einsatz von Gütern zur Bedürfnisbefriedigung (= Eigenbedarfsdeckung) ☞ **Betriebswirtschaften:** primär: Einsatz von Gütern, um Güter zur Bedürfnisbefriedigung zu schaffen (= Fremdbedarfsdeckung)

Betrieb als Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt

Erfahrungsobjekt:
realer Gegenstand, auf den sich das Interesse wissenschaftlicher Forschung richtet

Erkenntnisobjekt:
im Hinblick auf eine spezifische Fragestellung betrachtetes Abbild des Gegenstands, das der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung dient

Betrieb als real vorkommendes komplexes Gebilde
-Erfahrungsobjekt-

↓

Entscheidung über spezifische Fragestellung

↓

Betrieb als gedanklich vereinfachtes Gebilde
- Erkenntnisobjekt der Disziplinen-

individuelles Verhalten: Betriebspsychologie	Gruppenverhalten: Betriebssoziologie
menschliche Gesundheit: Betriebsmedizin	rechtliche Gestaltung: Unternehmensrecht
Sittlichkeit des Handelns: Wirtschaftsethik	Technik der Vorgänge: Betriebs- und Ingenieurwissenschaften
geographische Bedingungen: Wirtschaftsgeographie	Einbindung in das Gemeinwesen: Politikwissenschaft
historische Entwicklung: Wirtschafts-, insbesondere Unternehmensgeschichte	gesamtwirtschaftliche Einbindung: Volkswirtschaftslehre

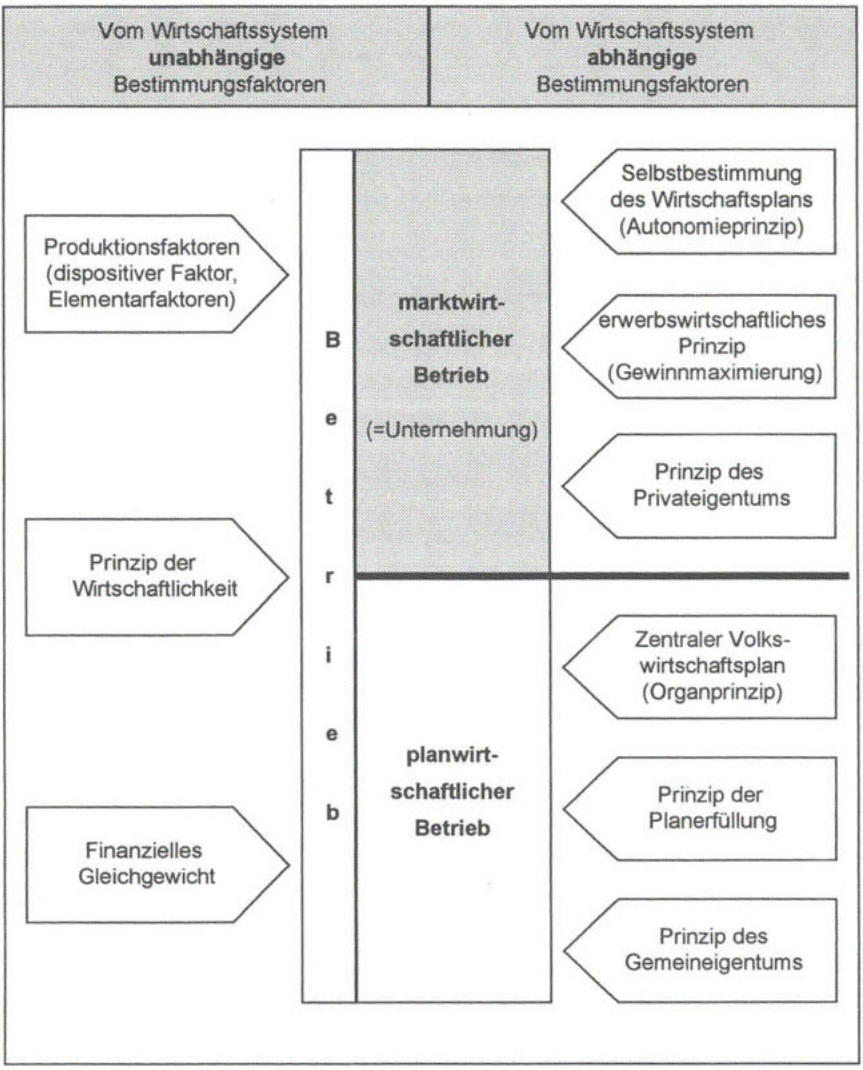
↓

Betrieb:

eine planvoll organisierte Wirtschaftseinheit, in der Sachgüter und Dienstleistungen erstellt und abgesetzt werden

Erkenntnisobjekt der Betriebswirtschaftslehre

Betrieb und Unternehmung nach Gutenberg

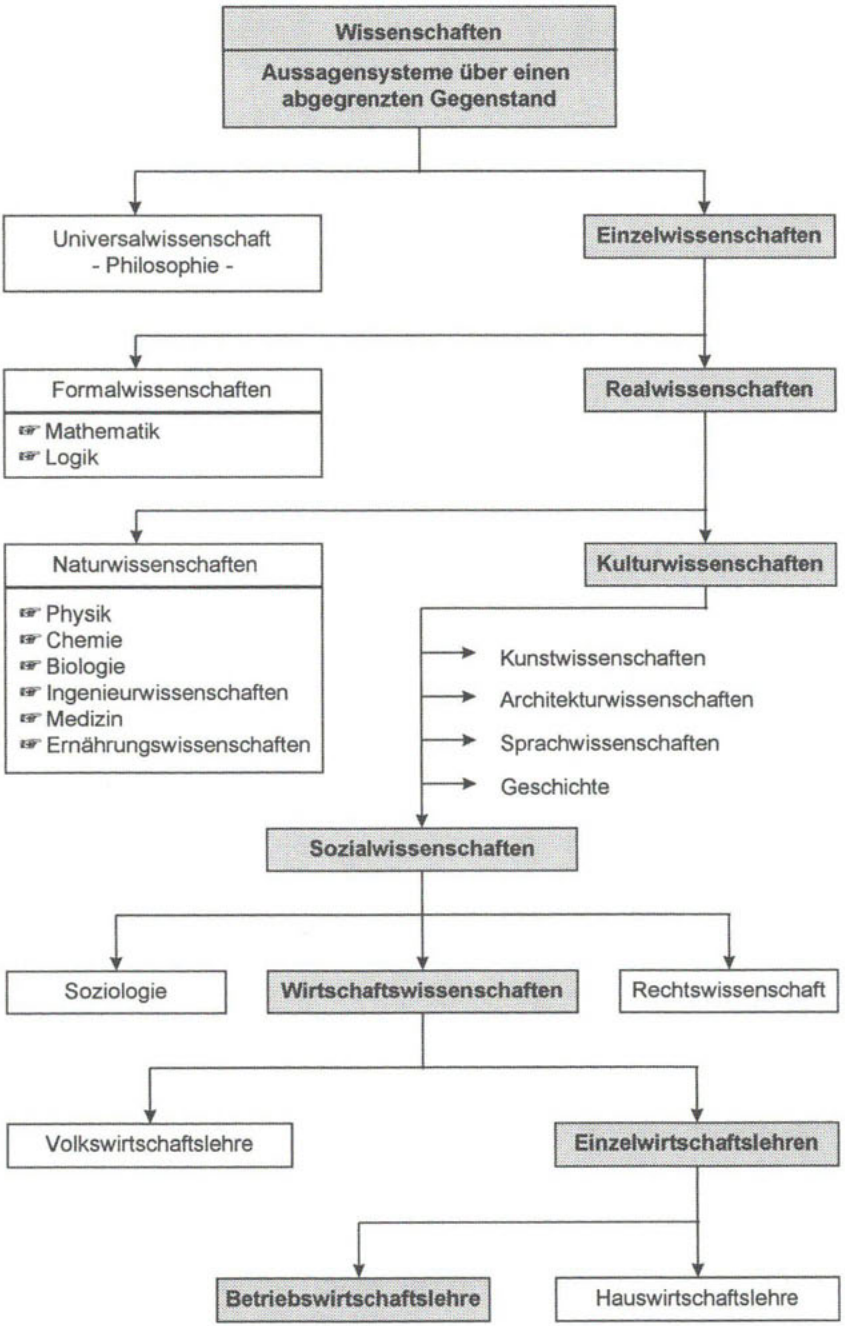


Unternehmung:

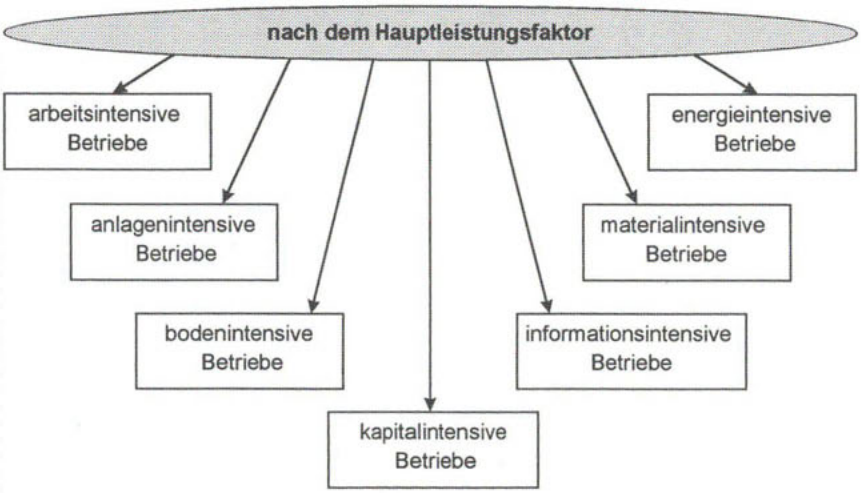
(rechtliche) Erscheinungsform des Betriebs im marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem

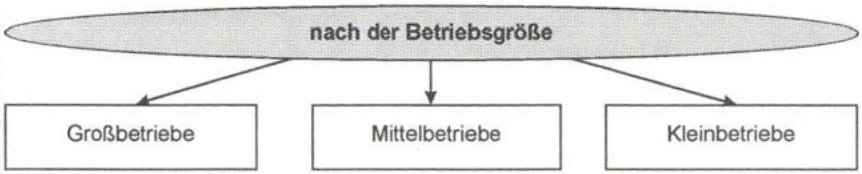
Hauptgegenstand der Betriebswirtschaftslehre

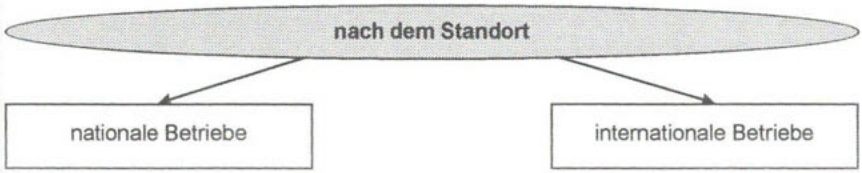
Betriebswirtschaftslehre im Wissenschaftssystem



Betriebsarten







nach der Art der erstellten Hauptleistung	nach der Zielsetzung	nach der Rechtsform
vgl. leistungsorientierte Darstellung des Betriebs	vgl. zielorientierte Darstellung des Betriebs	vgl. Kapitel 5

Leistungsorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Die Betriebe sind durch die Art der Hauptleistung geprägt. Deshalb muß eine detaillierte Darstellung der Betriebe von den durch die Hauptleistung bedingten institutionellen Besonderheiten ausgehen.

Leistungsorientierte Darstellung

- Land- und Forstwirtschaftsbetriebe
- Industriebetriebe
- Handelsbetriebe
- Versicherungsbetriebe
- Bankbetriebe
- Verkehrs- und Versorgungsbetriebe
- Prüfungs- und Beratungsbetriebe
- sonstige Dienstleistungsbetriebe

	Erwerbstätige in Land- und Forstwirtschaft	Erwerbstätige in Dienstleistungsbetrieben
1960	15%	10%
1996	3%	29%

Zielorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Die Betriebe sind durch eine spezifische Hauptzielsetzung geprägt. Deshalb muß eine detaillierte Darstellung der Betriebe von den zielabhängigen Besonderheiten ausgehen.

Zielorientierte Darstellung

- Erwerbswirtschaftliche Betriebe
- Genossenschaftliche Betriebe
- Gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Betriebe

Entscheidungsorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Wirtschaften ist Wählen!
Wählen ist Entscheiden!

Der Betrieb ist folglich als Gesamtheit der innerhalb einer Einheit zur Zielerreichung zu treffenden Entscheidungen darzustellen.

Die Betriebswirtschaftslehre wird als
Beratungswissenschaft für zu treffende Entscheidungen verstanden.

Auf Basis betriebswirtschaftlichen Denkens läuft unter Berücksichtigung der Nachbarwissenschaften folgender Prozeß zur Auswahl von Alternativen ab:

Orientierung an betriebswirtschaftlichen Zielen, welche eine Ordnung und Auswahl von Alternativen ermöglichen

Ermittlung und Systematisierung betriebswirtschaftlicher Entscheidungstatbestände

Prognose der Wirkungen von Alternativen mittels Erklärungsmodellen

Auswahl der geeignetsten Alternative mittels Integration von Zielen in Entscheidungsmodelle

Entscheidungen waren schon immer Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre. Neu am entscheidungsorientierten Ansatz ist das Bestreben, den Ablauf von Entscheidungsprozessen in Unternehmen zu erklären und Verhaltensempfehlungen für die Entscheidungsträger zu geben.

☞ Willensbildung und Willensdurchsetzung stehen im Mittelpunkt.

Funktionsorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Die betrieblichen Funktionen (= Gesamtheit von Verrichtungen mit gleichem Zweck) sind prägend für den Betrieb.

Leitungsfunktionen			
Planung	Steuerung	Überwachung	Organisation

Leistungsfunktionen						
Beschaf-fung	Transport	Fertigung (Leistungs-erstellung)	Lagerung	Absatz (Leistungs-verwertung)	Rücknahme	Forschung und Entwicklung

Verwaltungsfunktionen			
Rechnungslegung	EDV	Finanzierung	allgemeine Verwaltung

Systemorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

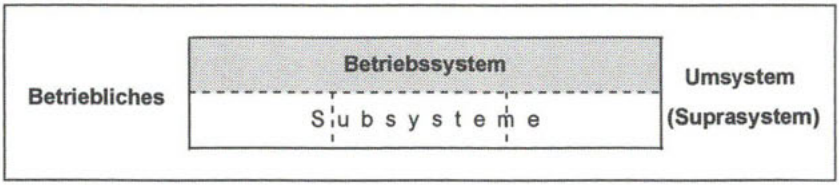
Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre ist es, Beziehungen und Zusammenhänge zu erkennen und zu erklären.

System: Gesamtheit einer geordneten Menge von Elementen, zwischen denen Beziehungen bestehen

Elemente: Bestandteile einer Gesamtheit, die nicht weiter zerlegt werden können oder zerlegt werden sollen

Beziehung: Verbindungen zwischen Elementen, welche das Verhalten der Elemente und des ganzen Systems beeinflussen

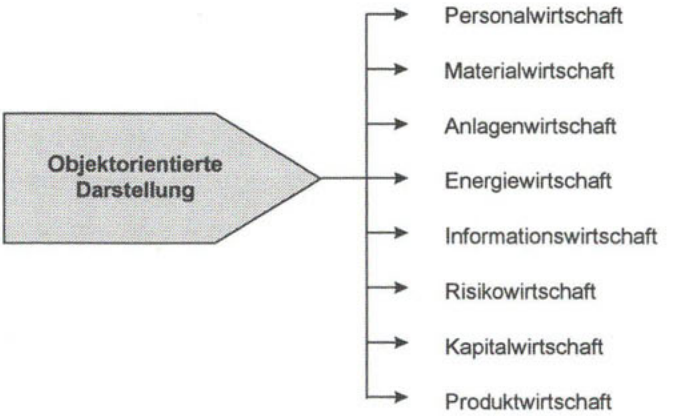
Der Betrieb ist folglich als ein auf Erfüllung ökonomischer Ziele ausgerichtetes sozio-technisches System darzustellen.



Objektorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

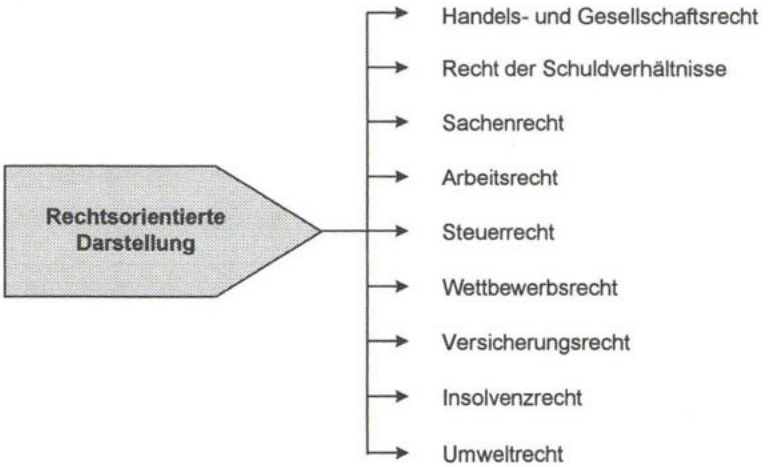
Prägend für den Betrieb sind die Objekte, auf welche die Handlungen gerichtet sind.



Rechtsorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Der Betrieb ist Träger von Rechten und Pflichten.
Sämtliche nach außen gerichteten Handlungen haben rechtliche Folgen.



Arbeitsorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Jegliche Leistung ist das Ergebnis menschlicher Arbeit.
Mehr als das Kapital sind die Mitarbeiter die tragende Säule des Betriebs.

Weiterentwicklung der traditionellen Betriebswirtschaftslehre durch Ausrichtung auf Mitarbeiter und ihre Tätigkeit (bisher lediglich programmatischer Ansatz)

Klärung, inwieweit den Interessen der Mitarbeiter genügen

- betriebliche Zielfunktion
- betriebliche Maßnahmen
- Politik außerhalb des Betriebs

anzustreben sind:

- Konkretisierung der Ziele der Mitarbeiter und deren angemessene Integration in das betriebliche Zielsystem
- den Kapitalinteressen gleichwertige Berücksichtigung der Mitarbeiterinteressen bei sämtlichen betrieblichen Maßnahmen
- Beachtung der Mitarbeiterinteressen in anderen Betrieben bei eigenen betrieblichen Maßnahmen

Verhaltensorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Das Rationalprinzip (= ökonomisches Prinzip) vernachlässigt die Komplexität menschlichen Verhaltens.

Die Abläufe müssen unter Berücksichtigung verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse analysiert und dargestellt werden (bisher lediglich partieller Ansatz).

Kern der verhaltensorientierten Darstellung des Betriebs

- Konsumentenverhalten
- Entscheidungsverhalten
- Führungsverhalten

Ökologieorientierte Darstellung des Betriebs

Annahme:

Die Tätigkeiten des Menschen zur Realisierung der eigenen Ziele erfolgen unter Wahrung des Freiraums anderer, einschließlich der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Betrieb ist folglich als eine Institution darzustellen, in der sich nur zum Teil auf Realisierung der eigenen Ziele ausgerichtete Tätigkeiten vollziehen; darüber hinaus ist der Betrieb der Wahrung des Freiraums anderer einschließlich der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

Problem: Natur ist ein öffentliches Gut, dessen Nutzungspreis nicht durch den Markt bestimmt wird.

Lösung: Der Staat erhebt Abgaben für die Nutzung natürlicher Ressourcen.

↓

Verankerung des Umweltschutzes als Kostenkomponente in der betrieblichen Planung

↓

Wahrung des Freiraums anderer und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Ökologie in der Betriebswirtschaftslehre

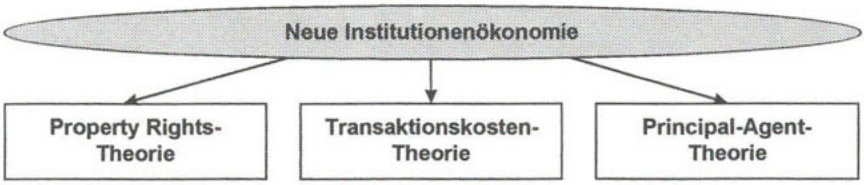
Verfügbare Ansätze

ethisch-normativer Ansatz	betriebliche Umweltökonomie
Grundlage ist die Forderung nach Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie. Den Kern dieses Ansatzes bildet eine Neuorientierung des wirtschaftlichen Denkens. Kritik: Die Abkehr vom Effizienzprinzip ist als praxisfremd anzusehen.	Teildisziplin der Betriebswirtschaftslehre. Umweltschutz wird als Subziel in das betriebliche Zielsystem integriert und erlangt in allen Funktionsbereichen Bedeutung (insbesondere in den Bereichen Produktion, Logistik, Marketing und Rechnungswesen).

Darstellung des Betriebs in der Neuen Institutionenökonomie I

Annahme:

Der Betrieb wird als eine Institution betrachtet. Er stellt eine Form der Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten dar.
Im Rahmen der Neuen Institutionenökonomie sind daher Aussagen über die wirtschaftliche Wirkungsweise von alternativen institutionellen Regelungen zu treffen.

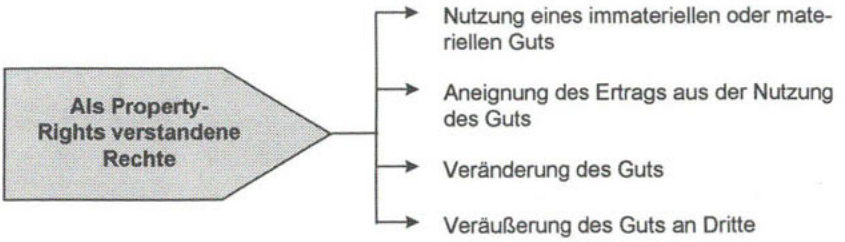


Property Rights-Theorie

Grundgedanke:

Güter werden als Bündel von Rechten angesehen.
Mit Property Rights werden die Verfügungsrechte der Individuen an Gütern bezeichnet.
Die Übertragung von Property Rights erfolgt mit Hilfe von Verträgen.

Der Betrieb wird als dynamisches Geflecht von Vertragsbeziehungen aufgefaßt.



Darstellung des Betriebs in der Neuen Institutionenökonomie II

Transaktionskosten-Theorie

Eine **Transaktion** wird als Übertragung von Verfügungsrechten verstanden.

Transaktionskosten sind die im Zusammenhang mit der Bestimmung, Übertragung und Durchsetzung von Verfügungsrechten entstehenden Kosten. Es handelt sich dabei vornehmlich um Informations- und Kommunikationskosten, die bei der Anbahnung, Vereinbarung, Abwicklung, Kontrolle und nachträglichen Anpassung wechselseitiger Leistungsbeziehungen auftreten.

Markt und Betrieb stellen alternative Formen der Koordination von wirtschaftlichen Aktivitäten dar (Coase, 1937).
Die mit der Form der Koordination variierenden Kosten bilden das Entscheidungskriterium für die Koordinationsform von wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Messung der Transaktionskosten in Geldbeträgen ist schwierig; daher werden Transaktionsmerkmale - welche die Höhe der Transaktionskosten tendenziell positiv oder negativ beeinflussen - als Hilfskriterien verwendet.

Kostenbeeinflussende Transaktionsmerkmale

Spezifität	Unsicherheit	Häufigkeit
Die Spezifität eines Objekts ist um so höher, je höher der Wertverlust in der nächstbesten gegenüber der besten Verwendung ist. Mit zunehmender Spezifität erhöht sich die gegenseitige Abhängigkeit.	Durch Unsicherheiten über Eigenschaften, Termine und Mengen wird die vertragliche Absicherung erschwert. Notwendigkeit der Konkretisierung und Anpassung im Verlauf des Transaktionsprozesses.	Je größer die Anzahl gleicher oder ähnlicher Transaktionen ist, desto schneller amortisieren sich einmalige Ausgaben in der jeweiligen Koordinationsform.

Marktliche Koordination ist gegenüber betrieblicher dann günstiger, wenn
- ☞ **die Transaktion keine spezifischen Investitionen erfordert,**
- ☞ **die praktische Abwicklung der Transaktion durch umfassende Vertragsgestaltung leicht möglich und kontrollierbar ist,**
- ☞ **die Häufigkeit der Transaktion gering ist.**

Neben den beiden extremen Koordinationsformen Markt und Betrieb gibt es eine Vielzahl von Zwischenformen.

Darstellung des Betriebs in der Neuen Institutionenökonomie III

Principal-Agent-Theorie

Gegenstand der Principal-Agent-Theorie sind die Analyse und die darauf basierende Ableitung von Empfehlungen für die Gestaltung von Auftragsbeziehungen zwischen einem Auftraggeber (Principal) und einem Beauftragten (Agent).

Z.B. wird der Betrieb als eine Einrichtung des Eigenkapitalgebers (= Principal) verstanden. Die Geschäftsleitung stellt dann einen Agent dar.

Prämissen der Principal-Agent-Theorie

- Der Principal muß dem Agent Entscheidungsspielraum lassen, da dieser kompetenter ist.
- Der Arbeitserfolg des Agents wird zwar von seinem Arbeitseinsatz beeinflußt, wegen Unsicherheiten über die Umfeldentwicklung hängt der Erfolg jedoch nicht allein vom Einsatz ab.
- Es herrscht asymmetrische Informationsverteilung zugunsten des Agents: Der Principal kann die Handlungen des Agents und das eingetretene Umfeld weder kostenlos noch vollständig kontrollieren.

Problem:
Der Agent kann seinen Informationsvorsprung in opportunistischer Weise für die Verfolgung persönlicher Ziele einsetzen.

Ziel:
Der Agent soll seinen Informationsvorsprung zum Vorteil des Principals nutzen.

↓

Ermittlung eines aus der Sicht des Auftraggebers optimalen Anreizsystems

↓

Der Agent soll dann eigene Vorteile erzielen, wenn er sich im Sinne des Auftraggebers verhält.

Die Anreiz- und Kontrollsysteme verursachen Kosten bei der Vertragsgestaltung, beim Vertragsabschluß, bei der Erfüllung der Vertragspflichten sowie bei der Vertragskontrolle (= Agency Costs).

Agency Costs ergeben sich als Differenz zwischen den Kosten beim beschriebenen Principal-Agent-Zustand und den Kosten bei vollständiger Information.

Ziel: Minimierung der Agency Costs